

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/68

Bonn, den 13. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Gefestigte Partnerschaft</u> Zur Amerika-Reise des Bundeskanzlers	81
3 - 3a	<u>Substanzlos, demagogisch, gefährlich</u> Zum CSU-Parteitag in München Von Ludwig Nau	72
4	<u>Asien in Recklinghausen</u> Ruhrfestspiele erinnern an kulturelle Impulse für Europa	45
5 - 6	<u>In der Tradition von Paul Löbe</u> Die Willensbildung in den Bundestagsausschüssen Von Senator h.c. Heinrich G. Ritzel	82

Gefestigte Partnerschaft

Zur Amerika-Reise des Bundeskanzlers

F.W. - Die Erwartungen, die an diese erste Reise des Bundeskanzlers Willy Brandt nach Amerika geknüpft wurden, haben sich nur für jene nicht erfüllt, die den offiziellen Besuch mit Regierungsverhandlungen über Sachfragen verwechselten. Gewiß sollte diese erste Begegnung zwischen dem deutschen Kanzler und dem amerikanischen Präsidenten mehr als ein protokollarischer Höflichkeitsakt sein, aber weder die unter vier Augen geführten Gespräche noch die gleichzeitigen Besprechungen der Delegationen konnten mehr als eine Abstimmung in den großen politischen Fragen bringen. Abstimmung heißt eben Weichenstellung für die künftige Politik der Regierung. Das positive Ergebnis, das auf beiden Ebenen erzielt wurde, erfährt dadurch keine Minderung, daß es keinen Streit gab.

Der Meinungs-austausch war gründlich, offen und vertrauensvoll, die Liste der behandelten Themen umfassend. Präsident Nixon hat bewußt die Kontinuität der deutsch-amerikanischen Beziehungen betont, indem er schon bei der Begrüßung darauf hinwies, daß er siebzehn Jahre zuvor als damaliger Vizepräsident an der gleichen Stelle den Bundeskanzler Adenauer willkommen geheißen hätte. Indem er die parteipolitische Divergenz zwischen beiden Regierungen anklingen ließ, stellte er das Verhältnis auf die höhere Ebene jener "Prinzipien, die größer sind als Parteien".

Die allgemeine Popularität Willy Brandts, der in Amerika als Kanzler noch von dem außerordentlichen Kredit zehrt, den er sich als Regierender Bürgermeister von West-Berlin erwerben konnte, tat ein Übriges, diesem Staatsbesuch ein würdiges Gepräge zu geben. Für die amerikanische Regierung ist die Bundesrepublik der entscheidende Faktor in Westeuropa. Freundschaftliche Bande, partnerschaftliche Zusammenarbeit und enge Beziehungen im Rahmen der atlantischen Allianz sind so fest verwoben, daß etwaige Belastungen den Zusammenhalt nicht in Frage stellen könnten. Dabei kommt dieser Bundesregierung zugute, daß sich ihre Rolle in Westeuropa vergrößert und ihre Bewegungsfreiheit nach Osten sich erweitert hat.

Freilich sind die Vereinigten Staaten in der atlantischen Allianz nicht ein Mitglied unter anderen Mitgliedern, sondern die Führungsmacht, die ihre daraus resultierenden Aufgaben mit den nationalen Interessen und der weltpolitischen Verantwortung in Einklang zu bringen hat. Aus diesen Funktionen ergeben sich unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe, je nachdem, ob es sich um internationale Entspannung, deutsche Ostpolitik, westeuropäischen Zu-

sammenschluß oder um bilaterale Probleme handelt. In der Grundlinie stimmen Bonn und Washington darin überein, daß weiter versucht werden muß, im Ost-West-Verhältnis von der Konfrontation zur Kooperation überzugehen. In amerikanischer Sicht leistet die Bundesregierung mit ihren osteuropäischen Sondierungen der gesamten Gemeinschaft einen Dienst. So wenig aber Bonn das Angebot einer ausgewogenen Truppenverminderung in Mitteleuropa unbedingt mit der vom Osten angestrebter Sicherheitskonferenz verknüpft, so wenig will sich Washington bei den Verhandlungen über die strategische Rüstungsbegrenzung die Hände binden lassen.

Nixon hat dem Kanzler bezüglich der Ostpolitik ausdrücklich sein Vertrauen ausgesprochen. Die in amerikanischen Regierungskreisen bestehenden Bedenken, daß Bonn darin zu weit gehen könne, sind zerstreut worden. Der Rahmen, den die deutsche Seite in Washington abgesteckt hat, erscheint enger als die innerpolitische Auseinandersetzung vermuten ließ. Dazu kommt eine ausgesprochen skeptische Einschätzung der konkreten Möglichkeiten, zu Abkommen zu gelangen. Andererseits tritt jetzt die integrierende Wirkung hervor, die das Ausloten in Osteuropa für die Allianz hat. Die amerikanische Regierung wird in ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion nichts tun, was die militärische Abschreckung durch die atlantische Allianz beeinträchtigen könnte, ist aber auch sichtlich bestrebt, die ostpolitischen Vorstöße der europäischen Partner unter Kontrolle zu behalten.

Die Amerikaner haben bei diesem Besuch die Bestätigung dafür erhalten, daß die Bundesrepublik auf eigenen Füßen steht, ihre bündnispolitische Loyalität jedoch über jeden Zweifel erhaben ist. Mit diesem Staat, den man als ein in Washington gezeugtes Kind des Kalten Krieges bezeichnet hat, nimmt auch die westeuropäische Gemeinschaft festere Gestalt an. Mit der Erfüllung ihrer Wünsche und Bestrebungen nach 25 Jahren müssen die Amerikaner fertigwerden. Der Kanzler hat in Washington seinen Willen bekundet, die Lösung dieser Probleme, ob es sich um die Bündnispolitik, um das Verhältnis zur EWG oder um die technologische Zusammenarbeit handelt, nach Kräften zu erleichtern. Die deutsch-amerikanischen Besprechungen, die unverhofft zu einer gemeinsamen Kabinettsitzung wurden, standen im Dienste der atlantischen Allianz und der westeuropäischen Gemeinschaft.

Substanzlos, demagogisch, gefährlich

Zum CSU-Parteitag in München

Von Ludwig Nau

Deutschland braucht Bayern. Das wurde selten so klar wie nach dem Parteitag der CSU vom Wochenende in München. Denn mit dieser substanzlosen und daher gefährlich demagogischen Politik der Christlich-Sozialen können nur die Wähler des größten Bundeslandes fertig werden. Sie allein haben die Möglichkeit, durch ihre Stimmabgabe bei den nächsten Landtagswahlen den reaktionären Vormarsch der CSU aufzuhalten.

Nach dem Einschwenken der Bonner Unionsprominenz auf den Kurs von Franz Josef Strauß und seiner ins NPD-Lager gehörenden Gehilfen wurde offenbar, daß auch der Bundeszentrale der Union keine Alternative zu dem von der Mehrheit des In- und Auslandes getragenen Friedenspolitik der Bundesregierung Brandt eingefallen ist. Die Rückkehr zur Politik der Stärke ist der schlagende Beweis für den Substanzverlust der Union. Nach 20 Jahren verfahrenerer Deutschlandpolitik ist sie am Ende angelangt. Sehr richtig stellte der CSU-Abgeordnete Freiherr von und zu Guttenberg während des Parteitages fest, daß sich die Diskussion im Kreise drehe und man heute wieder bei Kurt Schumacher angelangt sei. Nur, was der Unionspolitiker verschwiegen ist das Entscheidende: Als Konrad Adenauer in den fünfziger Jahren sagte, daß die NATO die Wiedervereinigung bringe, da war es eben Kurt Schumacher, der sagte, daß die Politik der Stärke und des Kalten Krieges das Gegenteil bringen werde: die staatliche Teilung unseres Vaterlandes, deren Überwindung nach zwanzig Jahren selbst einem Franz Josef Strauß nicht mehr möglich scheint, es sei denn, die Sowjetregierung gibt sich selber auf. Darum muß der Stoßkeil unserer Außenpolitik die Friedenssicherung sein. Nebulöse Versprechungen an Vertriebene, die selbst in Bayerns Unionkreisen niemand mehr ernst nimmt, führen zu nichts Gutem.

Zwanzig Jahre CDU/CSU haben den Aufbau und die Existenz der DDR - ob "sogenannt" oder "faktisch anerkannt" - nicht verhindern können. Von dem CDU-Abgeordneten Dr. Richard Jäger stammt das Parteitagswort: "Anerkennung kommt ja nicht durch eine juristische Vereinbarung zwischen uns, sondern dann, wenn die anderen Länder mehr und mehr die DDR anerkennen." Für wahr! Nur muß man aus beiden Tatsachen die Folgerungen ziehen. Wenn die seitherige Politik der Union

weder die Spaltung überwunden hat, noch die fortschreitende Anerkennung verhindern konnte und schon garnicht dazu beitrug, wie die Christsozialen Bayerns feststellten, daß die Lebensbedingungen in der DDR verbessert wurden, dann hat diese Politik doch versagt. Wer sie dennoch wider besseres Wissen als die einzige Alternative zur Friedenspolitik der Bundesregierung propagiert, treibt üble Demagogie. Deshalb kann es auch für die Regierung Brandt/Scheel keine Gemeinsamkeiten zu dem substanzlosen Aufguß der Unionsaußenpolitik geben. Nachdem die CDU/CSU sich in seltener Einmütigkeit mit der SED befindet, wenn sie die auf Aussöhnung und Friedensbewahrung abgestellte Regierungspolitik angreift, kann sie von den Sozialdemokraten und Freidemokraten kaum mehr die Bereitschaft erwarten, ihre Politik diesem Gossenniveau anzugleichen. Die Opposition wird lernen müssen, daß sie konstruktive Beiträge leisten muß, wenn sie noch ernst genommen werden will. Die Bundesregierung wird durch das Ergebnis des Münchner Parteitages genötigt, sich in der Deutschland- und Außenpolitik von der Union zu distanzieren.

Wie weit die geistige Verflachung der CSU-Führer geht, das zeigt auch der Versuch ihres Vorsitzenden Strauß, der feststellte, daß die Appeasement-Politik Chamberlains seinerzeit nach den Münchner Gesprächen zum Zweiten Weltkrieg geführt habe - die Anbiederung der Regierung Brandt an den Ostblock leite die gleiche Entwicklung, zu einem dritten Weltkrieg also, ein. Beachtlich, daß solche Feststellungen schweigende Anerkennung durch Kurt Georg Kiesinger fanden. Entweder hat er sich mit seiner Politik als Chef der Großen Koalition gründlich geirrt oder aber er ist inzwischen durch Franz Josef Strauß von dem seinerzeit von ihm öffentlich gebilligten Kurs seines damaligen Außenministers Brandt abgebracht und wieder auf die Linie des Kalten Krieges eingeschworen worden, die er ja so erfolgreich unter Konrad Adenauer propagiert hatte. Beides disqualifiziert ihn als Kanzlerkandidat. Zu dieser Erkenntnis, wenngleich aus anderen Motiven, kam auch der Münchner Parteitag der CSU. Der Favorit der rechten Unionswelle heißt seit diesem Wochenende Barzel. Ein Opportunist, den man selbst für den Wahlkampf in Bayern gebrauchen kann.

+ + +

Asien in Recklinghausen

Ruhrfestspiele erinnern an kulturelle Impulse für Europa

* "Es gibt ein indisches Sprichwort, das heißt: 'Warum hast Du mich denn, ich habe Dir doch garnicht geholfen.' Darin steckt ein Stück Wahrheit. Die meisten Geber von Entwicklungshilfe, vor allem die Vereinigten Staaten, haben es erlebt. Es ist psychologisch wie menschlich unerträglich, nur als Empfänger von Hilfe dazustehen."

Bundesminister Erhard Eppler *

Ein Teil des diesjährigen Programms der Ruhrfestspiele - vom Mai bis Juli - wird der "Begegnung mit Asien" gewidmet sein. Dadurch soll daran erinnert werden, daß es im Verhältnis der Geber und Empfänger von Entwicklungshilfe durchaus auch Partnerschaft gibt.

Viele der heutigen Entwicklungsländer, zum Beispiel China, Indien, einige südamerikanische und afrikanische Länder und die islamischen Staaten, können auf große kulturelle Leistungen verweisen, die auch heute noch lebendig sind. Früher als in Europa gab es kulturelle Höhepunkte in Afrika, in Asien und in Mittel- und Südamerika. Europa hat von ihnen sehr viel profitiert - von der arabischen Mathematik und Medizin zum Beispiel oder von der asiatischen Philosophie.

Die Ruhrfestspiele sollen dazu beitragen, dies am Beispiel der asiatischen Kultur ins Gedächtnis zurückzurufen. Sie sollen aufzeigen, daß die verbreitete Vorstellung von einem Geber-Nehmer-Verhältnis zwischen Industrie- und Entwicklungsländern nicht zutrifft.

Warum dieses künstlerisch und kulturelle Programm ausgerechnet im Ruhrgebiet angeboten wird, in dem unser technisch-industrieller Vorsprung am augenfälligsten in Erscheinung tritt? Nun vielleicht kann man eben hier - in dieser Welt der Arbeit - das größte Verständnis für das Problem der sozialen Gerechtigkeit in der Welt erwarten. Die gewerkschaftliche Arbeit, die hier fest verankert ist, hat einen unmittelbaren Bezug zur internationalen Solidarität, und sie hat den politischen Einfluß, solidarisches Bewußtsein in solidarisches Handeln umzusetzen. Es ist daher sicher kein Zufall, daß die Gewerkschaften sich für den Gedanken, die Ruhrfestspiele für 1970 unter das Zeichen der Dritten Welt zu stellen, aufgeschlossen gezeigt haben.

Neben den künstlerischen Darbietungen sollen mit einer "Woche der Wissenschaft" und bei anderen begleitenden Veranstaltungen der Ruhrfestspiele entwicklungspolitische Themen behandelt werden. Die Begegnung mit Asien bei den Ruhrfestspielen soll dazu beitragen, unser Verständnis den Fragen der Dritten Welt zu öffnen. Wir müssen lernen, daß die Probleme in der Dritten Welt nicht nur dort, sondern auch hier bewältigt werden müssen. Denn wir müssen davon ausgehen, daß diese Aufgabe nur gemeinsam gelöst werden kann. Und wir sind mitbetroffen: Nicht "hinten, weit in der Türkei", sondern ziemlich nah vor unserer Tür spielt sich ab, was Gunnar Myrdal das "asiatische Drama" genannt hat.

In der Tradition von Paul Löbe

Die Willensbildung in den Bundestagsausschüssen

Von Senator h.c. Heinrich G. Ritzel

Der 5. und der 6. Deutsche Bundestag haben großzügiger als die ersten vier Bundestage den Abgeordneten Möglichkeiten zur besseren Erarbeitung ihrer oft sehr komplexen Aufgaben erschlossen. Der einzelne Abgeordnete verfügt heute über die Möglichkeit, sich - gegebenenfalls gemeinsam mit anderen Abgeordneten - einen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter oder für sich allein eine Schreibhilfe gehobenen Wertes zuzulegen. Wenn der Abgeordnete als Vertreter des ganzen Volkes bei der heutigen Spezialisierung der Gesetzgebung seine eigene Meinung aus dem Wust von Problemen herausarbeiten will, dann ist er auf eine eigene Vorarbeit ebenso angewiesen wie auf die Vorarbeiten der Fraktion, der Arbeitskreise der Fraktion und der Ausschüsse des Bundestages.

Der moderne Abgeordnete muß befähigt sein, sich unabhängig von den Einflüssen der Bürokratie eine eigene Meinung zu erarbeiten. Die Vorbereitung für die Beschlußfassung des Bundestages selbst erfolgt in einem Prozeß der Willensbildung in den einzelnen Ausschüssen. Diese Ausschüsse arbeiten nach den Grundsätzen der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung selbst befindet sich zur Zeit in Revision und wird sicherlich demnächst einige wichtige Änderungen bringen. Es gibt jedoch im Rahmen der Geschäftsordnung Regelungen, die kaum einer Änderung bedürfen und die sich als kodifiziertes Gewohnheitsrecht in vielen parlamentarischen Geschäftsordnungen seit langer Zeit finden. Das schließt nicht aus, daß in einer Zeit wie der heutigen auch einem parlamentarischen Hausgesetz, wie es die Geschäftsordnung ist, neue Inhalte fast automatisch zufließen und geregelt werden müssen.

Jede Geschäftsordnung muß den jeweiligen parlamentarischen Bedürfnissen angepaßt werden. Hierbei kommt dem als Ersten Ausschuh bezeichneten Ausschuh für Geschäftsordnung, der auch noch die Angelegenheiten der parlamentarischen Immunität zu regeln hat, besondere, und zwar grundsätzliche Bedeutung zu, denn dieser Geschäftsrdrnungsausschuh, der heute unter dem Vorsitz des mit reicher parlamentarischer Erfahrung ausgestatteten früheren Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages und Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Erwin Schoettle, steht, nimmt insoweit bereits eine einzigartige Stellung ein, als man ihm ein eigenes Initiativrecht einräumt. Er wird dadurch befugt, von sich aus Fragen, die sich auf die Geschäftsführung des Parlaments und der Ausschüsse beziehen, zu erörtern und dem Parlament darüber Vorschläge zu unterbreiten.

Das war schon im alten preußischen Landtag so und war auch Übung im deutschen Reichstag der Weimarer Zeit. Der Geschäfts-

ordnungsausschuß hat aber auch die Verpflichtung, eine über den Einzelfall hinausgehende Auslegung einer Vorschrift der Geschäftsordnung zu überprüfen und dem Parlament über das Ergebnis seiner Prüfung zu berichten. Wenn, wie es in der Vergangenheit wiederholt der Fall war, Meinungsverschiedenheiten über die Rechte und Pflichten des Präsidenten auftraten, dann konnte und kann auch heute noch der Präsident während einer Sitzung des Plenums eine Entscheidung treffen, die beispielsweise der Behebung von Zweifeln über die Auslegung der Geschäftsordnung gilt. Ist aber seine Geschäftsordnung selbst betroffen oder entspricht es dem Wunsch des Bundestags, eine in der Geschäftsordnung vorgesehene Interpretation der Sachlage durch den Geschäftsordnungsausschuß zu erfahren, dann ist er zu einer Prüfung aller Meinungen gezwungen, trägt also in diesem Sinne entscheidend zur Willensbildung des Bundestages selbst bei, ohne jedoch richterliche Qualifikation zu besitzen. Er hat in solchen Fällen den Rang eines berufenen Sachverständigen.

Was in der langjährigen Praxis des früheren Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier beklagenswerterweise immer wieder versäumt wurde und was schließlich auch zu überflüssigen Spannungen führte, ist heute vernünftigerweise durch die Berufung des Vorsitzenden des Geschäftsordnungsausschusses in den Ältestenrat des Deutschen Bundestages zweckmäßig geregelt. Es hätte schon immer nichts näher gelegen als die Berufung des Vorsitzenden des Ersten Ausschusses in den Vorstand bzw. Ältestenrat, der früher getrennt arbeitete, wobei der Vorstand als das eigentliche Verwaltungsorgan unter dem Vorsitz des Bundestagspräsidenten handelte, während der Ältestenrat ein beratendes Organ darstellte, ohne Beschlußrecht zu haben.

Heute sind Vorstand und Ältestenrat zu einem Organ zusammengefaßt und bilden so ein wesentlich nützlicheres Instrument als früher die beiden getrennten Organe bilden konnten. Die ständige Präsenz des Vorsitzenden des Ausschusses für Geschäftsordnung im heutigen Ältestenrat bietet die Möglichkeit, wesentlich zum Abbau von Spannungen beizutragen und so Verständigungen im Ältestenrat herbeizuführen, die der Ordnung der Geschäfte im Übrigen nur dienlich sein können. Erfahrungsgemäß gingen auch in der Vergangenheit von guten Kennern der Geschäftsordnung - man denke nur an Paul Löbe - ähnlich wie von erfolgreichen amtierenden Reichstags- und Bundestagspräsidenten Ströme der Verständigung und wertvolle Beiträge zur parlamentarischen Willensbildung aus, deren Bedeutung auch in Zukunft nicht unterschätzt werden sollte.

+ + +